

Südwest-Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Südwest-Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannistraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannistraße Nr. 46
Telegraph. Nr. 822.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeschossige Redaktion im Raum 25 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., quadratische Anzeigen 30 Pf., — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 47.

Sonnabend, den 24. Februar 1917.

24. Jahrg.

Fastende Versuche.

Von R. Gaedke.

Sir Douglas Haig, der englische Oberbefehlshaber, hat erklärt, daß die große Offensive im Westen wahrscheinlich mit „fastenden Versuchen“ an verschiedenen Stellen der großen Front beginnen werde. Wenn man die Ereignisse seit Beginn des Jahres rückwärtsblickend überschaut, möchte man fast glauben, daß wir uns bereits mitten in diesen fastenden Versuchen befinden. Unternehmungen großer Maßstabes haben noch auf keiner Front und von keiner Seite stattgefunden; wahrscheinlich ist es nicht allein die Witterung, die es verhindert hat. Wohl aber sind die Linien der Kämpfer, die sich überall dicht gegenüberstehen, unruhiger und unruhiger geworden; von beiden Seiten sind immer häufiger Erkundungsabteilungen oder Stoßtrupps gegen die feindlichen Gräben geworfen worden, die dort Zerstörungen vornehmen, die Dichte der Besatzung austesten, die Nummern der Regimenter, der Divisionen und Armeekorps feststellen sollten. Gestern handelt es sich wohl bloß darum, das moralische Übergewicht über den Gegner zu behaupten, ihn über die eigene Stärke zu täuschen, seine Aufmerksamkeit zu fesseln, die eigenen endgültigen Absichten zu verschleiern.

Auch der Luftkrieg ist mit wachsender Entschlossenheit geführt worden; mehr und mehr hat die deutsche Fliegerwaffe die Überlegenheit über den Gegner gewonnen. Eine Geschwader zerstreut oder ferngehalten, und ist tiefer hinter die feindlichen Kampfslinien vorgestossen, beobachtend und zerstörend. Wieder sind Munitionslager des Gegners in die Luft geslogen. Bahnanlagen beschädigt worden. Bis nach Boulogne im Westen, im Osten aber bis über die Insel Dresd am Eingang des Nigaer-Meerbusens, dehnten unsere Luftkreuzer ihre Tätigkeit aus. Doch ist auch der Feind an der Westfront wenigstens nicht mühsig geblieben und auch seinerseits gegen unsere Anlagen hinter der Front vorgegangen. Mehr und mehr Einfluß gewinnen die Flieger auf die Durchführung der Geschäftskämpfe, indem sie das Feuer auf die einzelnen Ziele durch ihre Beobachtungen und Meldungen regeln. Beide feindlichen Parteien heben ihre Würsamkeit wiederholt rühmend hervor.

Zahl und Heftigkeit der Kämpfe ist besonders in Frankreich zusehends gestiegen, die Stärke der daran beteiligten Truppen hat zugenommen. Und hier ist wieder der englische Teil der Front besonders rühig gewesen. Wir wissen, daß die Engländer ihre Linien immer weiter nach Süden ausgedehnt und die Franzosen bis über Veronne hinaus, südlich der Somme, abgelöst haben. Trotzdem wird man die Breite des von ihnen gerentwältigten eingenommenen Raumes auf nicht größer als 150 Kilometer schätzen dürfen, während ihren Bundesgenossen außer den Belgien auf dem linken Flügel noch 450 Kilometer verbleiben. Somit man den Stärkeanzeichen — sagen wir lieber: den Andeutungen über ihre Stärke — aus englischer Quelle trauen darf, müssen wir annehmen, daß die Streitkräfte auf ihrem Frontteil dichter stehen als auf dem französischen. Hierauf vor allen Dingen beziehen sich wohl die klagen Rufe der französischen Zeitungen nach starkerer Unterstützung durch den Bundesgenossen, die nicht verstimmen wollen. Man möchte ausscheinend auf die englische Heeresleitung drücken, daß sie für die bevorstehende Offensive einen noch größeren Teil der Gesamtfront übernehme, damit die französische Heeresleitung die ihr zur Verfügung stehenden Massen mehr zusammendrängen könne. Man darf hierbei aber nicht übersehen, daß das enklusive Angriffsversprechen angesichts der größeren Lückigkeit unserer Mannschaft sich durchaus auf den immer wiederholsten Anlauf tief gegliederter, überlegener Massen gründet und daher einer ungewöhnlichen Dichte der Streitkräfte nicht entbehren kann. Oder, was schließlich das gleiche bedeutet, die Möglichkeit haben muß, die Divisionen, die ausgeblutet haben, häufig durch neue oder neuangefüllte zu ernehen. Der englische Feldherr bedarf also sehr starker Verstärkungsstruppen hinter seiner Front. Ob aber seine Regierung in der Lage sein wird, die in Frankreich stehenden Armeen bis zum Frühjahr noch wesentlich zu verstärken, ist mindestens zweifelhaft, nachdem sie schon gegenwärtig in die Arbeiterscharen des Bergbaues, der Eisenbahn und besonders der Landwirtschaft anscheinend zu tief hineingriffen hat. Je mehr unser Luftkrieg die Zufuhren aller Art beschränkt, je mehr das massenhaft brachliegende Land zur besseren Versorgung des Volkes herangezogen werden muß, um so bestimmtere Grenzen wird seine militärische Leistungsfähigkeit finden. Uebrigens gilt ähnliches für die Franzosen und Italiener. Doch dürfen wir uns darüber nicht täuschen, daß wir unter Jurekondition der zarigen Truppen sehr starke Streitkräfte auf den Schlachtfeldern Frankreichs uns gegenüber sehen werden. Das liegt einfach in den Verhältnissen, die die Mittelmächte zwingen, gegen eine weit überlegene Kophzahl feindlicher Kämpfer nach verschiedenen Seiten hin Front zu machen. Wir dürfen aber die sichere Zuverlässigkeit bewahren, daß auch bei jenen die Räume nicht in den Himmel wachsen werden.

Neben den Erkundungsvorstößen, die von uns mit Glück erwiesen wurden, haben die Engländer ihre Angriffe im Gebiet der Somme auch in der vergangenen Woche weitergeführt. Wie bisher haben sie sich vorzugsweise auf ihrem linken Flügel festgebißen, ancheinend in der Absicht, zu beiden Seiten des Acrebaches ihre Front nach Norden, gegen Ancre hin, allmählich zu verbreitern und die hier noch schwache Einbuchtung unserer Verteidigungsgräben gegen Bapaume hin zu vertiefen. Einem fehlgeschlagenen Sturm am Dienstag, dem 13. Februar, folgte am 16. ein neuer in Richtung auf das Dorf Mirumont. Das liegt einige Kilometer nordöstlich der früher von ihnen gewonnenen Dörfer Beaucourt und Grandcourt; dicht gegenüber auf dem Südflügel der Ancre liegt das Dorf Petit Mirumont, westlich der Hof Baillescourt. Auch dieser Angriff missglückte, obwohl er durch ausgiebiges Trommelfeuер vorbereitet war. Nun waren die Engländer am 17. Februar drei Divisionen auf einer Front von 6 Kilometern in den Kampf, denen wir nach lange hin und her wogendem Ringen einen Teil unserer vordersten Linie überließen. Die deutsche Stellung verläuft hier nun nicht westlich und südlich der von uns behaupteten Dörfer Mirumont. An allen anderen Punkten wurde der Anlauf abgeschlagen.

Während dieser Kämpfe aber gingen wir selbst auf einem anderen Teile des französischen Kriegsschauplatzes zum Angriff über, indem wir am 15. Februar in der Champagne, südlich Reims, eine französische Höhenstellung kürmten, die in der Herbstschlacht 1915 in des Feindes Hand gefallen war und unbedeckt zu unserer Verteidigungslinie lag. Der Sturm führte unsere Truppen nach

zorgfältiger Vorbereitung in einem Zuge bis in die vierte feindliche Linie; mit geringen eigenen Verlusten gewannen wir einen Frontraum von 2600 Metern auf einer Tiefe von mehr als 800 Metern. Beide Kämpfe, der an der Ancre und der am Ostflügel der Champagnefront, sehen die Entwicklung stärkerer Massen auf beiden Seiten, gleichwohl wird man ihre Bedeutung noch immer als eine örtliche einschätzen dürfen.

Die letzten Tage haben im Westen Taunay und Mezel, im Osten einen neuen Kälterückschlag gebracht; an der Bresina sank das Thermometer auf —35 Grad. Nochdem ist auch in Russland die Zeit vollständiger Winter vorbei, auch hier kommen bereits Gefechte von etwas größerer Ausdehnung neben zahlreichen Streifen vor. Dahin gehört ein deutscher Angriff am 14. Februar in Ostgalizien nördlich der Bahn Tschow-Tarnopol, die unsere Truppen in die russischen Grüben führte und einen weit geöffneten Verzug vortestete, unsere eigene Stellung durch Minen zu zerstören.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen sind nur geringe Ereignisse zu berichten; an der mazedonischen Front halten sich die Italiener von Carruils Arme 30 Kilometer östlich Monastir beim Dorf Parasowa eine kampfeswerte Niederlage durch deutsche Truppen am 12. und 13. Februar; in Mesopotamien kommt die englische Division trotz aller Siegesmeldungen offenbar nicht vorwärts; die Türken halten in der Front Kut-el-Amara-Fallaie noch immer das Südflügel des Tigris, und die Engländer haben am 17. Februar ihre Hauptkräfte aus bereits getäumten thürkischen Linien wieder zurückgezogen.

Die Kriegskredite vor dem Reichstag.

Nach Erledigung einiger kurzer Anfragen wurde im Reichstag das Gehege über die Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitägericht, das gestern nicht an eine Kommission verwiesen war, in zweiter Beratung behandelt. Die Debatte gestaltete sich zu einer sehr scharfen Auseinandersetzung mit der Regierung über die Aufrechterhaltung und vor allem die Handhabung des Belagerungszustandes, bei der eine Reihe von militärischen Befehlshabern sich über das Schlußgelehr vom 1. Dezember v. J. einig hinwegsetzten. Außer dem Abgeordneten Stadthagen erklärten auch Genosse Landsberg, sowie die bürgerlichen Abgeordneten Dr. Bissier, Dove, Gruber wiederholt und energisch, daß ein solches Hinwegsetzen über die vom Reichstag und Bundesrat beschlossenen Gesetze den militärischen Kommandostellen unmöglich eingeräumt werden könne und daß mit allen Mitteln dagegen eingegangen werden müsse. Der Reichskanzler, der allem dem Reichstag verantwortlich sei, müsse auch ihnen gegenüber für die Durchführung der Reichsgesetze Sorge tragen.

Das Gesetz selbst wurde in zweiter und dann auch gleich in dritter Beratung angenommen. Der Stadthager erklärte dann den Staat und die neuen Kriegsteuern vor, die er selbst dem neuen Kriegskredit mit dem Hinweis auf die absolute Notwendigkeit der weiteren Kriegsführung und des Durchhalts begründete. Dann wurde die Beratung des Staats unterbrochen und in die Beratung des neuen Kreditvorlasses, die 15 Milliarden verlangt, eingetreten.

Die Parteien beschränkten sich auf Erklärungen. Für uns erklärte Genosse Ebert die Zustimmung angesichts der unverhüllt ausgesprochenen Erroberungsziele der feindlichen Regierungen, deren Errichtung die Zerrümmerung und dauernde Niederhaltung der Mittelmächte bedeuten würde. Ledebour begründete den ablehnenden Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft. Genosse Görlitz bestritt sehr entschieden den Grundgedanken von Ledebours Erklärung, daß nämlich die Bewilligung der Kriegskredite eine Frage des Vertrauens oder Misstrauens für die Regierung bedeute, er nannte die Bewilligung vielmehr angesichts der gegenwärtigen Sachlage eine glatte Notwendigkeit für das Reich. Auch der fortschrittliche Abgeordnete v. Payer trat Ledebour sehr scharf entgegen; er war mit ihm nur darin, daß beide Redner die Einbringung des Siedekommissariates im preußischen Landtag für einen schweren Bruch des Bürgfriedens erklärt.

Die Kredite wurden mit allen gegen die Stimmen der soz. Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Am Dienstag wird die Erklärung fortgesetzt.

Berlin, den 23. Februar.
82. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstaatlich Dr. Helfferich, Graf Roedern.

Kurze Anfragen.

Abg. Dr. Müller-Kettling (Sp.) fragt, ob die Regierung angesichts der vielen entzündeten Vergehen gegen die wirtschaftlichen Kriegsgefechte die Einführung der bedingten Ver-

urteilung zunächst wenigstens als Kriegsmäßregel festzuhalten will?

Ministerialdirektor Döbler erwidert, daß die Frage geprüft wird.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.) erinnert an die politischen Beschränkungen der Reichstagsmäßterversammlungen im Wahlkreis Potsdam-Osthavelland und fragt, ob der Reichskanzler unverzüglich Schritte unternehmen will, um das Recht der Wahlberechtigten, in geschlossenen Räumen öffentliche Versammlungen zu veranstalten, gegen ähnliche behördliche Eingriffe hinzustellen.

Ministerialdirektor Lewald: Der Reichskanzler hat bereits vor Eingang der Anfrage Mitteilung über das Verbot der Versammlung erhalten und sich daraufhin mit dem Oberkommando in Verbindung gebracht. Das Oberkommando hat Vorlog getroffen, daß öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen im Sinne des Wahlgeheimes in Potsdam-Osthavelland bis an Beendigung der Wahlhandlung zugelassen werden unter der Voraussetzung, daß die Einberufer sich verpflichten, für die Ruhe, Ordnung und Sicherheit in und nach der Versammlung zu sorgen, und ausführliche Ordnungen den Bürgersiedlungen nicht Durchsetzen und den Geist der Einschlaflosigkeit zum Durchsetzen im deutschen Volke nicht befrachten. (Lebh. hört, hört! und Unruhe bei der Soz. W.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soz. Arb.) erinnert an die auf Veranlassung des Oberkommandierenden in den Märkten der politisch wichtigen Personen verhängte Brieftasche und fragt, was der Reichskanzler dagegen zu tun gedenkt?

Ministerialdirektor Lewald: Die allgemeine Verfügung des Oberkommandos über die Brieftasche regelt lediglich das Verfahren, trifft aber nicht Bestimmungen über die Verschließungen, unter denen die Brieftasche verhängt werden kann, insbesondere trifft sie keine Bestimmung darüber, daß die Brieftasche über politisch wichtige Personen zu verhängen ist.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Verfassung von

Hilfsrichtern zum Reichsmilitägericht.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Die Begründung des Entwurfs führt die Belastung des Reichsmilitägerichts zu einem großen Teil darauf zurück, daß jeder Verhaftete oder in Haft gehaltene Befrunkte von dem Rechtsmittel der Beschwerde Gebrauch machen wird. In dem Gesetz vom 4. Dezember 1916 ist klar ausdrücklich gebracht, daß alle auch vorher auf Grund des Belagerungszustandes verhafteten Personen das Recht der Beschwerde haben sollen. Wäre das aber nicht der Fall, so wäre das ganze Gesetz illusorisch und überhaupt nichts wert. Ein solcher Aufschwung muß geradezu als unsinnig bezeichnet werden. Unter die Zahl der eingeschlossenen Hilfsrichter trifft der vorliegende Entwurf keine Bestimmung und daher ist zu befürchten, daß die Regierung den Entwurf in einem für die Allgemeinheit ungünstigen Sinne auslegen wird. Daher beantragen wir, dem Abg. zu zustimmen: „Über die Zahl der einzustellenden Richter entscheidet der Reichstag im Verein mit dem Bundesrat.“ Ferner bitten wir, daß spätestens vom Zeitpunkt des Friedensschlusses ab die Ermächtigung zur Einberufung von Hilfsrichtern weilt. In jener Zeit sollen auch die Beschränkungen der persönlichen Freiheit, der Pressefreiheit und des Vereinsrechts befreit werden. Wie auf Grund des Belagerungsgesetzes die Wahlberechtigung verhindert, zu Beginn der Sitzung des Regierungsvorstandes in Witten und

Abg. Der Belagerungszustand wird noch immer zur Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung missbraucht. Vertreter der klassenbewussten Arbeiter kann man nicht ein Vertrauensvotum für eine Regierung zumutnen, die selbst durch ihre Taten dem Volke das größte Misstrauen befundet. (Beifall bei der Soz. Arb.)

Abg. Spahn (Str.) betont gegenüber einer Aushebung des Abg. Ebert, daß nach der schändlichen Rückweisung des Friedensangebots durch die Entente dieses hinfällig geworden sei und daß nunmehr neue Friedensbedingungen gestellt werden müssen. (Lebh. Bravo!)

Abg. Graf Westarp (R.): Es handelt sich hier nicht um Wehrrecht oder Friedenskriegsrecht, sondern einfach darum, daß wir unseren Truppen draußen die Mittel geben müssen, um weiter das Vaterland zu verteidigen. (Lebh. Zustimmung.)

Abg. Prinz Schönau-Carolath (R.): erklärt für seine Freunde die Zustimmung zu den Krediten.

Abg. v. Payer (Rp.): Wir halten es für eine selbstverständliche Pflicht jedes einzelnen in diesem Hause, dieser Vorlage zuzustimmen. (Lebh. Widerpruch bei der Soz. Arb.)

In diesem Augenblick der Entscheidung darf man dem Vaterland die Mittel nicht verweigern, die es braucht, um sich und seine Angehörigen zu schonen und die es auch braucht, um den Frieden herbeizuführen. (Sehr richtig!) Im Innern werden die Ausführungen des Abg. Ledebour keinen besonderen Eindruck machen, aber im Ausland werden sie uns schaden. (Sehr wahr!) Nur jener Bemerkung über das Friedenskriegsrecht müssen wir leider zustimmen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Martin-Deis (Deutsche Part.). stimmt der Vorlage zu.

Abg. Ledebour (Soz. Arb.): Herr Pauer hat die Pflicht des Parlaments proklamiert, im Kriege jeder Regierung die Kredite zu bewilligen; also ihr die Möglichkeit zu geben, unter Umständen das deutsche Volk zugrunde zu richten, wenn sie das für angebracht hält. (Lebhafte Widerpruch.) Er will offenbar, daß auch bei uns auf Grund eines § 11 regiert wird. Das ist der durch die Kriegspsychose vollkommen entwurzelte Liberalismus. Wir können stolz darauf sein, hier allein die Rechte des Volkes zu vertreten. (Bravo! bei der Soz. Arb.)

Abg. Ebert (SD.): Wir haben die Bewilligung der Kriegskredite nie als eine Frage des Vertrauens oder Misstrauens gegenüber der Regierung angesehen. Wir haben die Kredite bewilligt, weil wir das als eine Pflicht gegen unser Land und gegen unser Volk angesehen haben. (Lebh. Bravo.) Zu Erörterungen über unsere Stellungnahme zur inneren Politik des Reiches wird bei der Staatsberatung Gelegenheit genug sein. Dabei werden wir die Interessen der deutschen Arbeiterschaft und des deutschen Volkes mit aller Ernsthaftigkeit wahrzunehmen wissen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Die Kriegskredite werden in zweiter und da kein Widerpruch erfolgt, auch in dritter Sitzung angenommen. Zur Gesamtabstimmung beantragt die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft nominelle Abstimmung. Die Unterstützung dazu reicht nicht aus. Die Kriegskredite werden auch in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Fortsetzung der Staatsberatung.)

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 24. Febr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Wytschaeze-Bogen war der Artilleriekampf lebhaft.

An der Artoisfront wurden mehrere englische Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Im Somme-Gebiet haben die Engländer einzelne von uns aufgegebene verhasachte Stellungsteile besetzt.

In der Champagne griffen die Franzosen abends und nachts die von uns am 15. Februar gewonnenen Linie südlich von Rionvian an. Die Angriffe sind gezeitigt.

Aus dem Westufer der Maas drang eine feindliche Abteilung nordöstlich von Utrecht in einige unserer vorderen Gräben. Durch sofort eingeschendes Gegenstoß sind sie gesubvert. Gefangene sind einbehaltet worden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei strenger Kälte keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Feuer vom See gegen griechische Ortschaften östlich der Strauma wurde durch erfolgreiche Beschießung der Schiffe und englischen Stellungen erwiedert.

Der Erste Generalquartiermeister: Endendorff.

pb. Die Mädchensammer bestohlen. Am 20. ds. Ms. nachmittags ist eine in einem Hause der Königstraße befindliche Mädchensammer erbrochen und aus derselben folgende Sachen geholt worden: Ein schwarzes Kostüm, ein blauer Kleiderrock, ein Paar Halbschuhe, ein Kettenarmband mit einem Portemonnaie mit zwei Mark.

pb. Festgenommen und dem Marschall-Gefängnis zugeführt wurden drei russische Polen, die auf ihren Arbeitstellen in Bothe bzw. dem Hochöfenwerk entlaufen waren.

pb. Verbote die Briefbeförderung. Festgenommen wurde ein schwedischer Schiffskellner wegen verbotener Briefbeförderung in das Ausland.

Raheburg. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich beim Holzfällen im Forstort Farchauer Erde. Der Begegner a. D. Wohlens ist von einem fallenden Baum erschlagen worden.

Altom. Gemeine Mischfahrung. Vor dem Schlosshofenrichter hatte sich der Milchhändler Oertling, Königstraße 265, wegen Vergehens gegen das Nahrungsmitteleig zu verantworten. Er hat Magermilch, die für ein kleines, schwächliches Kind bestimmt war, Wasser zugesetzt, sie mit Teerfarbe gefärbt und dann noch einen höheren als den vorgeschriebenen Preis genommen. Der Angeklagte wurde zu sechs Wochen Gefängnis und 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde die Veröffentlichung des Urteils verfügt.

Rehau. Hausschlachtungen auf dem Lande. Der Landrat des Kreises Rehau a. d. Ofse hat für die Hausschlachtungen ein wachsame Auge. Nachdem er erst unlängst eine Bekanntmachung erlassen, in der er zur Verhinderung zu geringer Gewichtsangaben hausgeschlachteter Tiere bekanntgibt, daß die Gendarmeriemäntermeister beauftragt sind, Gewichtsrevisionen der geschlachteten Tiere vorzunehmen, besteht er in einer neuen Hausschlachtungs-Bekanntmachung, daß es unzulässig ist, bei der Zahl der Wirtschaftsangehörigen bezw. Haushaltungen, die für die Genehmigung von Hausschlachtungen in Frage kommen, etwa im Heeresdienst stehende Personen, die auswärts oder im Felde sind, mitzurechnen.

Oldenburg. Landeskriegssteuer in Oldenburg. Ein Oldenburgisches Landtag hat die Regierung auf sein Entgegenkommen die Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer außerordentlichen Landeskriegssteuer zu ziehen lassen. Wie die "Weltzeitung" meldet, soll für die Feststellung der Landeskriegssteuer die Reichskriegsabgabe im allgemeinen in der Weise die Grundlage bilden, daß die erster auf einen Teilbetrag der letzten gelegt werde, und zwar soll die Höhe der Landeskriegssteuer 10 Proz. der Reichskriegsabgabe betragen. Damit beträgt die Gesamtbelastung durch direkte oldenburgische und Reichssteuern bei einem Kriegsgewinn von 10 000 M. 15,98 Proz. bei 100 000 Mark 42,45 Proz. und bei 2 Millionen 70,39 Proz. Der Ertrag der Steuer soll zu beständiger Verwendung zurückgestellt werden und in erster Linie für die Deckung von Kriegsausgaben und die Linderung von Kriegsnot verwendet werden.

Neueste Nachrichten.

Bonn, 23. Februar. Die Pariser Ausgabe des "New York Herald" meldet aus Washington: Der Senat nahm ein Gesetz an, nach dem häufig der Präsident ermauert ist, ein Ausland zu verboten gegen alle Munitionsmüller zu erlassen, deren Munitionsladung für Nationen bestimmt ist, die mit Ländern im Kriege liegen, mit denen die Vereinigten Staaten durch friedliche Beziehungen verknüpft sind.

Genf, 23. Februar. Der in Paris weilende Direktor Kern von der Steamship Company erklärte dem Pariser "Progrès" zu folge, daß der amerikanische Major "Rochester" (4050 Tonnen), der unter dem Befehl des Kapitäns Koch am 10. Februar die "Europäische" unternahm, innerhalb der nächsten Stunden in der gefährdeten Zone eintreffen werde. Der weit langsamere fahrende Dampfer "Orleans" (1564 Tonnen), der Baltimore gleichfalls am 10. Februar verließ, dürfte die verbotene Zone erst später erreichen.

Verantwortlich für die Rubrik "Aus Süden und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwiger, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Süden.

Aus Süden und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 24. Februar.

Der Krieg.

Der Krieg, der Krieg! Was die Natur
Mit stilllem Fleiß in langen Jahren schafft.
Berdert ein Augenblick des blut'gen Wahnsinns!
Es muß der blinden Häßler alles weichen:
Zu jedem Greuel sinkt sie tief hinab;
Es häuft der Mensch auf Leichen frische Leichen
Und düngt mit Blut doch nur sein eigenes Grab.
A. v. Rozenburg.

Mit der Errichtung eines staatlichen Arbeitsnachweises in Süden wird sich am kommenden Montag abend eine Versammlung des Gewerkschaftsrates im Gewerkschaftshaus beschäftigen. Da so Einführung für die Arbeiterschaft von größter Wichtigkeit ist, so darf wohl das vollaufige Erscheinen der Kartelldelegierten und Gewerkschaftsvorstände erwartet werden.

Verurteilenswerte Preisüberschreitungen. Daß heute viele Produkte nur "hinterherum" in die Hände eines Teiles derjenigen Konsumanten kommen, die das nötige Geld haben, ist eine untreibbare Tatsache. Der Kriegsausschuss für Konsumanten interessiert hat diese Schiebungen stets verurteilt und ein Eingreifen der Behörden verlangt sowohl gegen diejenigen, die den Preis nehmen, also den Höchstpreis überschreiten, wie auch gegen diejenigen, die den Preis zahlen. Weite Kreise suchen nun die an diesen Unregelmäßigkeiten beteiligten Landwirte rein zu waschen. Nicht derjenige, der die Preise nimmt, ist zu verurteilen, sondern derjenige, der sie bezahlt, sagen landwirtschaftliche Blätter. Auch Herr von Graevenitz gab auf dem jüngsten Lehrgang der Landfrauen zu, daß auf dem Lande Butter für 8—10 Mark das Pfund verkauft wird und fuhr fort: "Geht denn die Frau in die Stadt und bietet sie für 10 Mark an? oder kommen nicht die Städter inhausen und bitteln: Egal was es kostet, aber wir wollen Butter haben!" Wir meinen, daß es gleich sei, ob höhere Preise angeboten oder abverlangt werden. Umso mehr als bekannt ist, daß zum Höchstpreis, wie vor kurzem uns jemand schrieb, keiner von den Bauern zu haben sei. Herr von Graevenitz gab auch zu, daß der Bauer sagt: Für 2,20 M. behalte ich meine Butter selber! Ein solcher Bauer trügt also mit dem Schuh, wenn es zu diesen Schiebungen kommt. Wenn man Geldgeber und Sammler verurteilt, die das Geld anbieten, muß man ebenso die Geldnehmer, also die Landwirte, verurteilen. Nur dann, wenn rücksichtlos gegen beide eingeschritten wird, kann das Übel adgetilgt werden. Hat man aber für die Landwirte gar Morte der Rechtfertigung, dann wird das Übel keiner stoppen. Das sollten die Kreise, die stets eine Entschuldigung für das Verhalten der Landwirte anzugeben wissen, sich gezeigt sein lassen.

Bureauink an Sonnabendnachmittagen. Die Gesellschaftsamt der Verwaltungsbüro der Polizei, des Bauamtes, des Gewerbeamtes, des Eisenamtes, der Gewerbeinspektion, der Gasfakommission und der Kommission für landwirtschaftliche Unfallversicherung bleiben in der Zeit vom 1. März bis zum 15. Oktober ds. J. an den Sonnabend-Nach-

mittagen geschlossen. Auf Grund der Ziffer 7 der Verordnung des stellvertretenden Kommandierenden Generals des 9. Armee-Forps vom 15. d. Ms. betreffend Maßnahmen zur Rohlenerparnis, in Verbindung mit der dazu erlassenen Ausführungsvorordnung des Senats vom 15. d. Ms. verordnet das Polizeiamt: 1. Die Läden mit Ausnahme der Lebensmittelabläden und der Apotheken sind außer am Sonnabend um 6 Uhr abends zu schließen. 2. Diese Verordnung tritt am 26. d. Ms. in Kraft.

Kartoffeln können auf die Unterabschnitte 1 bis 10 des Abschnitts 16 der Kartoffelliste entnommen werden, und zwar auf jeden der bezeichneten Unterabschnitte 1 Pfund zu 4 Pf.

Den Verkauf von Verbrauchszauber und den Verkehr mit Gegenständen betreffen zwei Bekanntmachungen, die unsere Leser im Zeitungsteil finden und auf die wir aufmerksam machen.

Deutsche Männer, Deutsche Frauen!

Der Weltkrieg drängt zur Entscheidung. Unsere Feinde haben ihre Absichten enthüllt. Wir sind Ihnen dankbar, daß sie die letzte Maske fallen ließen, daß wir heute mehr denn je wissen, daß wir für den Bestand unseres Vaterlandes kämpfen, für das Sein oder Nichtsein von Haus und Herd, von Weib und Kind.

Jetzt gilt es alle Kräfte für dies Ziel einzusehen und nichts zu unterlassen, was unsere Kraft in dem Völkerkrieg zu steigern und zu stärken vermag.

Der Ankauf von Goldsachen durch die Reichsbank und der Verkauf von Juwelen ins Ausland durch die Diamantentregie gilt diesem Ziel.

Es stärkt den Goldschatz des Reiches. Er steigert unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Er wird dazu beitragen, uns einen ehrenvollen Frieden und den Wiederausbau der Friedenswirtschaft zu sichern.

Das Opfer der Gold- und Juwelenabgabe, zu welcher die Reichsbank auffordert zählt — und das sei hier den mancherlei herumgleichenden Anzweiflungen gegenüber ausdrücklich festgestellt —

zu den notwendigen Rüstungsarbeiten,

mit denen wir gewillt sind, unseren Feinden entgegenzutreten und unseren Fahnen den Sieg zu wahren.

Das Gefühl der Notwendigkeit dieses Opfers erfüllt noch nicht alle Kreise unseres Volkes. Noch können wir zwar davon absiehen, Goldschmuck und -gerät aufzutragen, dem ein hoher Kunstwert oder — wie allen durch Generationen aufbewahrten Familienstücken und den Trauringen der Lebenden — ein besonderer kulturhistorischer oder ethischer Wert innenwohnt, aber für alles übrige muß auch hier rücksichtlose Opferbereitlichkeit sich in des Vaterlandes Dienst stellen. Wie jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau sich heute, wo es den Kampf um des Deutschen Volkes Dasein gilt, draußen wie drinnen selbstlos und selbstverständlich in die Reihe der Kämpfer stellt und längst von dem Bahn geheist ist, auf den Einzelnen komme es nicht an, so ist es auch hier not, daß jedes Goldstück, jedes Schmuckstück und Gerät, von dem sich weisheitigste Opferwilligkeit zu trennen vermag, den Kampf für das Vaterland mitkämpft. Wir brauchen heiße Herzen und offene Hände.

Frauen und Männer Deutschlands! Zeigt eure Opferbereitschaft. Lässt euch in dem gesunden Bewußtsein, daß des Deutschen Volkes schwerste Zeit von euch verlangt, auch an dieser Stelle eure Hilfe zu spenden, nicht wankend machen durch Jene, denen das geforderte Opfer zu hoch erscheint.

Wir brauchen euer Opfer!

Berlin, den 1. Februar 1917.

Havenstein, Präsident der Reichsbank.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Senates ist gemäß Verordnung des Stell. Generalkommandos vom 9. Februar 1917, betreffend Hilfsdienstmeldestellen, in Verbindung mit der Zentralanstalt für den Arbeitsmarkt eine

Hilfsdienst-Meldestelle

eingerichtet.

Geschäftszeit: werktäglich 10—12 Uhr vorm.

Geschäftsräume: Parade Nr. 1, Erdgeschoss.

Die Hilfsdienst-Meldestelle ist zur Entgegennahme von Meldungen der zum vaterländischen Hilfsdienst Verpflichteten bestimmt; sie gewährt diesen unentgeltlich

Hilfskunst und Beratung

über Fragen des vaterländischen Hilfsdienstes, insbesondere über Vermundungsunterschreitungen in kriegswirtschaftlichen Betrieben und übernummert, in Verbindung mit dem öffentlichen Arbeitsnachschub und mit den übrigen, nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweisen, die

Zuweisung zum vaterländischen Hilfsdienst.

Von Arbeitnehmern kriegswirtschaftlicher Betriebe, wie auch von den staatlichen und militärischen Behörden nimmt die Hilfsdienst-Meldestelle unmittelbar oder durch Vermittlung der Arbeitsnachweise, die Meldungen offener Stellen entgegen, zwecks möglichster Verlückichtigung bei der Zuweisung Hilfsdienstpflichtiger.

Die Meldung der Hilfsdienstpflichtigen und der offenen Stellen soll nur an einer Stelle erfolgen. Bei Meldung an einer weiteren Stelle ist die Tatsache der früheren Meldung unzureichend mitzuteilen.

Es darf erwartet werden, daß alle noch nicht ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechend tätigen Hilfsdienstpflichtigen, ohne eine besondere Auflösung und Zuweisung abzuwarten, sich freiwillig zur Übernahme vaterländischen Hilfsdienstes melden.

Die Zentralanstalt für den Arbeitsmarkt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf der vom Kommunalverband Lübeck unter Verwendung von Weizenmehl hergestellten Wurst.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 bestimmt das Polizeiamt:

Der Verkauf der vom Kommunalverband Lübeck unter Verwendung von Weizenmehl hergestellten Wurst findet statt: in der Woche vom 26. Februar bis 4. März 1917 für folgende Bezirke:

Bezirk 3 Marien-Quartier

4 Johannis-Quartier

5 St.-Nikolai-Quartier I

6 II

12 Seelstr. I

13 II

14 Kronenlinde

15 Rücksis-Herrnenwölk

16 Schützen

17 Friede-Dönnichburg.

Der Verkauf erfolgt auf das Lebensmittelbuch, und zwar auf den Berechtigungsschein A.

Für jede Person dürfen nicht mehr als 125 Gramm Wurst verabfolgt und entnommen werden.

Die Inhaber der Lebensmittelbücher haben in dem Kopf des Berechtigungsscheins A das Wort „Stadtwurst“ einzufügen, so daß die Überschrift lautet: „Berechtigungsschein zum Bezug von Stadtwurst“.

Bei der Entnahme der Wurst hat der Verkäufer den Abdruck A IX abzutrennen, aufzuhängen und spätestens bis zum 1. März 1917 an die Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 54, einzuleiten.

Zum Verhandlungszweck gegen die vorliegenden Vorschriften werden auf Grund des § 14 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 mit Gründlichkeit bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 1000 Pf. oder mit einer Strafe bestraft.

Lübeck, den 26. Februar 1917.

(759)

Das Polizeiamt.

Ausgabe von Speisemarken

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamts betreffend die Ausgabe von Speisemarken vom 31. Januar 1917 ist d. hiermit folgendes anzugeben:

Die Ausgabe der Speisemarken für den Monat März 1917 erfolgt am 26. und 27. Februar 1917 in der Zeit von 8 bis 11 Uhr, terminiert und 3 bis 8 Uhr nachmittags in der Vorle. Kungsg. zum Markt und zwar:

am 26. Februar an die Personen, deren Name anfüngt mit den Buchstaben A—K,

am 27. Februar an die Personen, deren Name anfüngt mit den Buchstaben L—Z.

Für den Monat März werden im Höchstfalle 4 Briefe, 15 Blätter, 2000 Gültigkeiten jährlich verteilt, ausgegeben.

Der Gültigkeitszeitraum ist zweckmäßig abgezogen:

1. einer der vier für den Monat März für Süßwarenfabrikationen Gültigkeiten D, V, E, III, F, IV, G, V des Lebensmittelbuchs

2. einer, der zum Zwecke des Justier im Monat März Gültigkeiten C XIX bis C XXII und S II bis S III des Lebensmittelbuchs

3. jedoch der Unterabteilung 1 bis 10 der Abteilung 17 bis 20 der Kartoffelfabrikation. Selbstverständlich sind hieraus, welche auf die Wochen 17 bis 19 Gültigkeit bereits besprochen waren, erneut gegen Ablieferung von 8 Pfund an diese Gültigen Rahmen zu erneuter Gültigkeit für jedes Speisemarkenbuch gegen Gültigkeit der Gültigkeiten in der Süßwarenfabrikation, Sonntags 13 Uhr und aufzuführen.

Diese nicht für alle Gültigen, welche ein gewerbsmäßiges Speisemarkenbuch haben, Speisemarken auszuweisen lassen für die Gültig. für welche Speisemarken verlangt werden, die Ausstellung eines besonderen Lebensmittelbuchs in der Gültigkeitszeit des Gültigkeitsbuches 00 statt ihres 00 des herabsteckenden Gültigkeitsbuches zu bestreiten.

Am 26. Februar ist erwartet der Ausgabe den Speisemarken wieder regelmäßig in der Vorle. Kungsg. zum Markt, Kungsg. zum Markt.

Die Gültigkeitszeit der Speisemarken für auswärtige Verbraucher, welche hier zu festen Preisen haben, erzielt nur in der Gültigkeitszeit der Speisemarken. Speisemarkenbücher, Stückpreise 50 Pf. Jänner 12.

Lübeck, den 24. Februar 1917.

(759)

Die Nahrungsmittel-Beteiligungsfabrik.

Pflanzbohnen kaufen

und zahlreiche Sorten für

Gruppenbohnen M. 2.50—3.50

Große Bohnen 1.50—2.00

Der Ausdruck für Kriegshilfe.

Vertrieb Schmid, Holstenstr. 7.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Verbrauchszucker.

Auf Grund des § 19 der Bundesrat-Verordnung über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1916/17 wird hiermit angeordnet:

Die Abgabe von Zucker an die Verbraucher erfolgt im Monat März, auf die sechs Abschnitte C XIX bis C XXII und S II bis S III des Lebensmittelbuchs und zwar dürfen auf jeden dieser Abschnitte vom 1. März an

125 Gramm für jede Person

abgegeben und entnommen werden.

Die Inhaber der Lebensmittelbücher haben in dem Kopf des Berechtigungsscheins S das Wort „Zucker“ einzufügen, so daß die Überschrift lautet: „Berechtigungsschein zum Bezug von Zucker“.

Binnenschiffer dürfen auf jeden Abschnitt der Binnenschiffskarte 90 Gramm Zucker erhalten und entnehmen.

Lübeck, den 24. Februar 1917.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (7588)
Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Am 21. d. Mts. entzieht
sichst unter lieber Vater,
Groß- und Urgroßvater

Karl Kratje

im 88 Lebensjahr. (7579)

Im Namen der trauernden

Hinterbliebenen

Karl Gobaint und Frau

geb. Kratje.

Beerdigung Dienstag 2/4

Barwerter Friedhof.

2-Zimmer-Wohnung in der
Wahlstr. zu vermieten, 180 Mts.
Wahlstr. 1 bei Busse
7489 u. Moisl. Allee 90, pt.

Herrschaftlich Mobiliar, ben.
Sofas, Garnituren, Türen, Vertiefungs-
Lüche, Schlafzimmertüren, jegl. Werk.
im Möbel Lager (sein Lad.) Wahl-
straße 83. Händler verbet. (7586)

**80 Zettel u.
Zugänger**

billig zu verkaufen. (7602)
J. Küller, Schwarz, Allee 133.

Ein Zugänger zu verkaufen.
(7580) Lütkenstr. 46, 1.

Arztl. Sonntagsdienst
im 25 Febr. von 1 Uhr ab: (7590)
Dr. Heddinger, Geibelplatz 1
Dr. Plessing, Werdemarkt 14.
Dr. Dinkgraeve, Moisl. Allee 22.

Zahn-Praxis (7582)
WILLY KOCH
Lübeck, Holstenstr. 21, 1.

Kriegsküchen.
Dienstag und Freitag Fleisch-
feste mitbringen. (7608)

Rotes Kreuz, Abt. IV.
Unterstützung von Krieger-
familien, Fürsorge für Kriegs-
hinterbliebene.

Bei. Travemünde.
Vorl. Kons. Senator Ewers.
Sprechst: Montags 9—10 Uhr
vorm. in der Behörde für
Travemünde. (7591)

Lager aller Sorten Essig

in la. Qualität,
Weinessig, Honigessig etc.
Fruchtsäfte, Puddingpulver,
Jack- u. Epulver, Fleisch-, Üb-
ersatzwürfel, Waschpulver
„Transit“, Schoelmann.

Ludwig Wiegels, Lübeck
Ritterstr. 60. (7587)

Taschenuhren
Wanduhren
Weckuhren
Schmucksach.
Willi W. Ifelt. 00
32 Holstenstrasse 32

Gewerkschafts-Kartell.
Montag, den 26. Februar 1917

abends präzise 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johanniskstr. 50-52

Versammlung
der Gewerkschaftsvorstände und Kartelldelegierten.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme der Gewerkschaften zur Einführung
des geplanten staatlichen Arbeitsnachweises.
2. Eingänge.

Um vollständiges und pünktliches Erscheinen ersucht
1500 Die Kartellkommission.

HANSA - THEATER.

Sonntag, den 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Die lustige Witwe.

Operette in 3 Akten von Lehár.
Nachmittags 3 1/2 Uhr zu ermäßigten Preisen:
Der Trompeter von Säckingen.

Belletrück mit Gesang von Nebler und Brenner.
Montag: Geschlossen. (7591)

Zur Konfirmation

Anzüge blau 48,00 44,00 39,00 32,00 24,00 19,00
farbig 52,00 46,00 41,00 25,00 20,50 17,00

Hüte, Wäsche, Handschuhe, Krawatten,
Stiefe, usw.

Bekleidung für alle Gewerbe
Röcke, Kostüme, Blusen, Kostümröcke,
Korsette, Wäsche, Unterröcke usw. 7610

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. Lübeck H. St. Petri 2—4.

Beilage zum Süder Volksboten

Sonntag,
den 24. Februar 1917

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

W.B. Berlin, 23. Februar, abends. (Amtlich.)
Vom Westen und Osten sind besondere Ereignisse nicht gemeldet worden.

Wien, 23. Februar. (Amtlich.)

Herrschfront des Generalstabsmarschalls von Mackensen westlich der Elbmündung scheiterten Annäherungsversuche russischer Kompanien.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Bei andauerndem Frost geringe Geschäftstätigkeit.

Front des Generalstabsmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Bei mehreren Frontabschnitten erhohter Geschütz- und Minenwerklampi. Die Tätigkeit unserer Jagdtrommendos war auch gestern erfolgreich. Große Unternehmungen dieser Art wurden bei Bezeichnung und nordwestlich von Zalocze ausgeschüttet. An beiden Punkten verhielten die Stoßtruppen gründliche Sicherungsarbeit. Bei Zalocze wurden überdies 3 Dörfchen, 250 Mann und zwei Maschinengewehre aus den feindlichen Gräben geholt.

Italienischer und südostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts zu melden.

England.

Die Uebernahme der Kohlenbergwerke.

Eine Regierungsverordnung legt als Datum für die Uebernahme aller Kohlenbergwerke und gewisser Kanäle den 1. März fest.

Verhaftungen in Irland.

In Dublin, Galway, Limerick, Skibbereen und anderen Orten Irlands wurden insgesamt 32 Personen auf Grund des nationalen Verteidigungsgesetzes verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich auch eine Menge Personen, die nach dem letzten Dubliner Aufstand interniert und dann wieder freigelassen worden waren.

Der Balkanrieg.

Ueber Unruhen im Piräus,

die wegen Kürzung der durch die Einstellung der Saatfahrt zu zahlenden Arbeitslöhne-Unterstützung entstanden sein sollen berichtet die "Times". Hiernach soll die Menge die Lebensmittelhäuser geplündert und sich des Inhalts bemächtigt haben. — Man weiß natürlich nicht, inwieweit diese Meldung zutrifft. Wenn es aber wirklich zu Unruhen gekommen ist, dann dürfte weiters eher die durch die englische Blockade Griechenlands hervorgerufene Lebensmittelnot die Ursache sein.

Der Seefried.

Neue Taten der "Bayme".

Der zweite deutsche Hilfskreuzer, der angeblich "Bayme" heißt, seit wie "Politiken" meldet, seine kühne Tätigkeit fort und hat bereits eine sehr große Anzahl von Schiffen versenkt. In der letzten Hälfte des Monats Dezember verlegte er seine Tätigkeit in den südlichen Teil des Atlantischen Ozeans. Dort brachte "Bayme" nach einer Meldung südamerikanischer Blätter auch den dänischen Dampfer „Hammerhus“ auf, der mit einer deutschen Besatzung bemann wurde, am 22. Januar in Rio de Janeiro einfießt und sich neben die dort verankerten deutschen Schiffe legte. Von ihnen nahm er Lebensmittel und auch, wie die Blätter behaupten, Munition an Bord, worauf er den Hafen wieder verlassen wollte, jedoch vor einer Wache bei Santa Cruz entdeckt und durch zwei Schüsse gezwungen wurde, anzuhalten. Der Dampfer mußte neben zwei brasilianischen Kriegsschiffen Ankert werden. Auch die nordamerikanischen Zeitungen enthalten ausführliche Mitteilungen über die Tätigkeit der "Bayme".

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostoevski.

101. Fortsetzung.

"Ach versteht sich, läuft sie nur auf. Haha! Zeigt ihr nur, daß all diese Zurückhaltung Unsinn ist."

Durchaus nicht, durchaus nicht! Sie, wie rücksichtslos Ihr doch seid, und wie beschränkt jeger — verzeiht mir — fast Ihr das Wort „Ausklärung“ auf! Ihr versteht gar nichts davon, wie wenig seit Ihr auf der Höhe der Frage. Wir erstreben die politische Emancipation, Ihr aber denkt an nichts als — Indem ich die Frage der Leidenschaft, der weiblichen Jurtheilung hier nicht näher berührte, als Dinge, die völlig unmöglich und nur dem Gerüte eigen sind, gestatte ich völlig ihre Schamhaftigkeit gegen mich, da dies vollständig in ihrem Willen liegt, in ihrer ausstreichlichen Bestimmung. Wenn sie mir freilich sagte: Ich wünsche dir ungezogen, so würde ich mir dies als guten Gewinn antnehmen, da mir das Mädchen ungemein gefällt; aber bis jetzt, bis jetzt wenigstens, ist Ihr noch niemand, die mit reicher Höflichkeit und Achtung begegnet, als ich sie ihrer Würde gesetzt habe. — Ich warte ruhig und hoffe — nur dies tue!"

Schön ist doch lieber etwas. Ich mache eine Wette darum, daß Ihr davon noch gar nicht gedacht habt."

Ihr versteht eben nichts, wie ich schon gesagt habe: Sie befindet sich allerdings in nicht gerade glänzenden Verhältnissen, aber hier handelt es sich um eine ganz andere Frage. Eine ganz andere! Ihr verachtet sie einfach. Ihr kommt in Eurer falschen Ansicht eine Tatsache, die Ihr der Verachtung für Euch haltest, und stellt sie daher aufscheißbar der menschlichen Gesellschaft. Ihr wißt noch gar nicht was für ein Naturteil sie besitzt! Mir bereitet es großen Verdruß, daß sie in neuester Zeit aufgetreten ist, zu lesen, daß sie bei mir keine Bücher mehr entleiht. Früher hatte sie dies getan. Dies ist jetzt zu bedauern angehängt ihrer Energie, ihrer Entschiedenheit im Protestieren, die sie schon einmal bewiesen hat. Sie heißtt nur noch zu wenig Selbstständigkeit- oder Unabhängigkeitsgefühl, zu wenig Widerspruchsgeist, um sich völlig noch von mancherlei Vorurteilen und Vortheiten loszureißen. Gleichwohl faßt sie indes einige Fragen ausgezeichnet auf. So hat sie beispielsweise die Frage über den Handel gut verstanden, also dies, daß der Mann das Weib durch Andeutung ihrer beiderseitigen Ungleichheit kränkt, wenn er diesen ihr Hand tut. Wir haben diese Frage debattiert und ich habe ihr alles vermittelt, auch von den Arbeiterassoziationen in Frankreich nahm sie aufmerksam Kenntnis. Jetzt erläutere ich ihr die Frage des freien Eintritts in Wohnungen bei der füngtigen Gesellschaft."

"Noch einmal, was war das?"

"In jüngster Zeit haben wir die Frage besprochen: Bezi-

Wo die "Bayme" sich jetzt aufhält, ist unbekannt. Man meint, einige der von der "Bayme" aufgebrachten Schiffe seien von ihr auch als Hilfskreuzer ausgerüstet worden. Es englische Kriegsschiffe, mehrere französische und ein japanisches Kriegsschiff sind jetzt auf der Jagd nach "Bayme". Die Zahl der von der "Bayme" verdeckten Schiffe ist in der letzten Zeit auf 26 gestiegen. Der Gesamtwert der verdeckten und aufgebrachten Schiffe mit der Ladung wird von den Blättern auf 15 bis 20 Millionen Dollar angegeben. Soweit bisher bekannt ist, ist noch kein amerikanisches Schiff der "Bayme" zum Opfer gefallen. Staatssekretär Lansing erklärte, daß die "Bayme" ganz wie andere Kriegsschiffe behandelt werden müsse und den internationalen Gegebenen der Seefriedsregel unterworfen sei, die vorschreiben, daß Schiffe, die verdächtig sind, Waffen zu führen, angehalten und untersucht werden dürfen. Eine Versenkung dürfe jedoch erst dann erfolgen, wenn für die Sicherheit der an Bord befindlichen Personen gesorgt sei. Der Kommandant der "Bayme" soll dem Kapitän eines aufgebrachten Schiffes erklärt haben, er habe Anweisung, Passagierdampfer nicht aufzuhören oder zu versenken.

Wirkungen des verstaarten U-Boot-Krieges.

Nach einem Pariser Kabelbericht des "Nachtzeitung" machte der stärkere Tauchbootkrieg im Vermelmeer eine nicht unwe sentliche Einschränkung des Kanalverkehrs notwendig. Die gegenwärtig stattfindenden umfangreichen Kriegstransporte gehen ziemlich ungestört, wenn auch unter Aufgebot ungeheuerer Schutzmittel von statthaften, dagegen ist der bisher täglich durchgeführte Schiffsdiensst Le Havre — Southampton, der zu einem Bruchteil auch den civilen Bedürfnissen zustand, eingestellt worden. Der Kanal wimmelt gegenwärtig von U-Boot-Jägern, Minenfischern, Wachbooten und Torpedobootsjägern. Die Vorbereitungen der englischen Admiralsität, die Kanalpassage absolut und zuverlässig sicherzustellen, nähern sich ihrem Ende. In den letzten Tagen wurde die englisch-französische Post zum erheblichen Teil durch Flieger befördert.

Das "Journal des Débats" meldet aus Barcelona, daß eine spanische Dampfergesellschaft, die 55 Dampfer besitzt, beschlossen hat, die Schifffahrt nach dem Ausland einzustellen und die ganze Handelsflotte von Barcelona und Valencia zusammenzuziehen. Der Dampfer "Antoni Ferrer", der nach Cette abreisen sollte, sei angewiesen worden, in Valencia zu bleiben.

Die "Times" meldet aus Bombay: Frauen und Kinder ist es verboten, wenn nicht dringende Notwendigkeit vorliegt, durch die gefährliche Zone zu reisen. Um welche gefährliche Zone es sich hierbei handelt, wird nicht mitgeteilt.

Die infolge des Ausstandes der dänischen Schiffsbesetzungen für ausländische Fahrt zwischen Reedern und Seeleuten bestehende Spannung hat jetzt eine weitere Verschärfung dadurch erfahren, daß nach dem Scheitern der Einigungsverhandlungen zwischen den Vertretern der Reeder und der Seeleute-Organisationen auch die Matrosen für inländische Fahrt die Einstellung der Arbeit in einer Woche angekündigt haben. Damit würde die gesamte dänische Schifffahrt vollständig lahmgelegt werden.

England als "Schüler" der Neutralen.

Das "Dagblad" erzählt: Außer den neuen Bunkerregeln verlangt England, daß jedes norwegische Schiff, das England mit Kohlen versiebt, 90 000 Kronen als Garantie dafür hinterlegt, daß es zurückkommt und seine Pflichtreise nach Frankreich mit Kohlen ausführt. Mehrere norwegische Schiffe sollen England bereits verlassen haben.

Die "Nieuwe Rotterdamsche Courant" vom 21. Februar abends schreibt unter der Überschrift "Noch weitere englische Anfänger": "England will uns zwingen, unsere Landbauprodukte im Beirage von vielen Millionen Gulden ihm gegen Bezahlung in englischen Schichten zu liefern" zur Verfügung zu stellen. Da aber dieses englische Wertpapier hier in Holland nicht unterzubringen ist, man hier auch keine Rechnung verspürt, den an England gewährten Kredit noch weiter auslaufen zu lassen, wird Holländerschaft für die Zukunft die Bezahlung in bar verlangt, die England jedoch nicht geben will. Die zweite englische Zusage bezieht in der Forderung, daß wir Holländer unsere landwirtschaftlichen Produkte, unsere Margarine, also Konkurrenz

bande, auf niederländischen Schiffen nach England bringen sollen. Wie muß man die Handlungsweise von England nennen, das ohne einen Schein der Rechte ein anderes Land zu zwingen trachtet, es zum Schlachtopfer des mittellosen Tauchboot-Krieges zu machen. In den englischen Häfen werden jetzt 20 niederländische Schiffe zum Verbleiben gezwungen. Um die Schiffe zurückzuhalten, muß Holland ein Lösegeld zahlen, das in materieller und Lebensgefahr besteht. Unwillkürlich gehen unsere Gedanken zu den Praktiken der früheren Mohren zurück, die Schiffe auf See aufzubringen und ein Lösegeld verlangen; die enthält gerade die heute eintreffende "Times", so endet ironisch das holländische Blatt, einen Aufsatz über neues Piratentum, womit allerdings die englische Zeitung den deutschen Tauchboot-Krieg meint."

Schweden gehts wie Holland.

Die "Neue Zürcher Zeitung" meldet aus Kopenhagen: England teilte Schweden mit, es lasse die in englischen Häfen liegenden Fahrzeuge Schwedens erst dann frei, wenn sie sich verpflichten, bei ihrer nächsten Ausreise nach der Freilassung nach England oder Frankreich zurückzukehren. Für die schwedische und überhaupt für die neutrale Schiffahrt bedeutete diese Bedingung ein unerhört schwerer Schlag.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sozialdemokratische Mitglieder im Ernährungsanschluß.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestimmte als Mitglieder für den vom Reichstage eingezogenen Ausschuß zur Beratung der Ernährungsfragen die Abgeordneten Bauer-Breslau, Molkenbuhr, Ebert, Schmidt-Berlin, Kappeler und Stubbe.

Aus dem preußischen Landtag.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Freitag zunächst den Etat der Verwaltung der direkten Steuern zu Ende beraten. Abg. Herold (Dr.) betonte die Notwendigkeit einer Steuerreform, wobei vor allem das Kinderprivileg weiter ausgebaut werden müsse. — Der Finanzminister Dr. Lenz stellte eine Novelle zum Einkommensteuerertrag für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht und erklärte, daß bis zur Schaffung eines solchen Gesetzes von dem System der Steuerabzüge nicht abgängen werden könnte. Im übrigen bekämpfte er den Gedanken einer Quotierung der Einkommensteuer, während er sich der Auseinandersetzung einer Sonnenstellensteuer sympathisch gegenüberstellte. — Abg. Heilbrunn warnte vor einer konfiskatorischen Belastung der großen Vermögen und trat für eine Quotierung der Steuern ein. — Als letzter Redner kam Gen. Hoher zu Worie, der auch die jetzt dem Reichstag unterbreiteten Steuervorlagen in den Kreis seiner Erörterungen zog, und eine sehr ablehnende Kritik an den Vorlagen der Reichsregierung übte, die den Eindruck Preußens deutlich erkennen ließen.

Das Haus erledigte sodann den Etat der Seehandlung und der preußischen Zentralgenossenschaftssteuern und wandte sich schließlich zur Beratung des Etats des Finanzministeriums. Der Abg. Roranty (Pole) bekämpfte die in diesem Etat eingesetzten Positionen, die sich gegen die Pole richteten. Im übrigen drehte sich die Debatte in der Haupthalle um die Frage einer Hilfe für die durch den Krieg geschädigten Badeorte an der Ostsee. In später Stunde begann dann noch die Beratung der Anträge auf Gewährung von Leistungszulagen an die Beamten.

Eine Reichsstelle für Kohlenversorgung.

Die "Kölner Zeitung" meldet aus Berlin: Die Reichsregierung im Bundesrat über die in Aussicht genommene Errichtung einer Reichsstelle für Kohlenversorgung findet, wie wir von zuverlässiger Seite hören, bereits heute oder spätestens am Montag statt. Dem Reichskommissar ist

ein Mitglied der Kommune das Recht, in das Zimmer eines anderen zu treten, gleichwohl ob Mannes oder Weibes, zu jeder beliebigen Zeit — es ist entschieden worden, daß dieses Recht freizuhalten soll.

"Auch, wenn aber die Insassen gerade von der Erfüllung irgend einer unangemessen notwendigen Anforderung in Ausspruch genommen wären? Hahaha!"

Andrej Semjonowitsch erwiderte sich.

"Ihr spricht fortwährend von jenen verwüstenen Anforderungen" erwiderte er erbost. "Wie ich doch darüber mit Vorwürfe mache, daß ich bei der Darlegung unseres Systems Euch damals zu frühzeitig jene verunmöglichen Anforderungen erwähnte! Halb soviel! Dies ist der Stein des Anstoßes für alle, die Euch ähnlich sind — und mehr noch, die sich über Dirige voreilig aussprechen, bevor sie sie überhaupt verstanden haben. Sie haben dabei gewiss einen Recht, können sie sich dann über etwas zumachen müssen. Pfui! Ich habe schon öfters heront, daß diese Frage den Neulingen am besten zu erklären ist, durch den Erfolg selbst, wenn er sich von dem System überzeugt und aufzustellt und in die richtige Bahn gelenkt sein wird. Und sagt mir doch, was findet Ihr so Schmacvolles und Geschätzliches selbst in einer Schützgrube?"

"Ich selbst würde der erste sein, welcher eine solche tärmte! Liegt darin etwa eine Selbstmorddrohung? Es ist eine einfache Arbeit, aber eine edle, der Gesellschaft nachdrückende Belehrung, welche jeder ausüben darf, und die noch weitesten Höhen steht, als beispielweise diejenige irgend eines Kaisers oder Präsidenten, denn sie ist nützlicher!"

"Und edler, Alter — hahaha!"

"Edler! Ich erwidere die Ausdrücke nicht im Sinn der Bestimmungen der tatsächlichen Belehrungen." Edler, erhabener, — dies alles ist ein Unrat, ein Unrat, es sind veraltete Worte des Vorurteils, die ich da bekämpfe! Alles, was der Menschheit nützlich ist, ist edel. Ich kenne nur das eine Wort „nützlich!“

Peter Petrovitsch lachte aus vollem Halse; er war fertig mit Zählen und hatte sein Geld ein. Nebenworts ließ er einen Teil desselben wohl mit Grund auf dem Tische liegen. Diese Frage über die „Gründungszeitung“ hatte schon mehrfach ungestört ihre Meinung, zur Urteile von Streit und Dissonanz zwischen ihm und seinem jungen Freund gedient. Die ganze Tochter der Freiheit lag aber darin, daß Andrej Semjonowitsch sich dabei ereiferte.

Zulich schenkte dem sonst keine Beachtung, jetzt aber gelüftete er ihn gerade einmal, Lebewesen! — und lachte.

"Sagt mir doch lieber," unterbrach ihn Peter Petrovitsch hochfahrend und gereizt, „hörte es sein oder nicht, ist es der Fall, daß Ihr mit der übererwähnten jungen Person soweit in jarem Verhältnis steht, daß Ihr dieselbe jetzt gleich, in dieser Minute, hierher in dieses Zimmer bitten dürft? Es scheint, als ob man jetzt von der Beerdigung zurückkehrte, ich höre, daß ein Geräusch von Tritten ist, erhebt. Ich möchte sie doch gern einmal sehen, diese Person."

"Wozu wollt Ihr dies?" fragte Lebewesen verwundert. "Ach, ich tu eigentlich nichts. Heute oder morgen werde ich von hier gehen und wünsche daher, Ihr mitzutragen — bleibt Ihr übrigens nur hier während der Zeit der Ausklärung. Es ist wohl besser ja. Was Ihr sonst denken mögt, mag Gott wissen."

"Ich denkt gar nichts. Ich frage nur so, und wenn Ihr mit jener etwas abzunehmen habt, so ist nichts leichter, als sie herbeizurufen. Ich will sofort gehen. Das heißt aber, das werde ich nie zugeben, daß Ihr Euch einmischst!"

Nach fünf Minuten kehrte in der Tat Lebewesen mit Sonja zurück. Diese trat in äußerster Verblendung ein, nach ihrer Gewohnheit schüchtern. Sie war bei derartigen Gelegenheiten noch schüchtern und schüchtern sich vor neuen Personen und neuen Bekanntschaften; sie fürchtete solche schon früher, seit ihrer Kindheit, jetzt aber noch mehr. Peter Petrovitsch begegnete ihr freundlich und höflich, im übrigen aber mit einem Begegnen eines so unsohnlichen und moralischen Menschen, einem so jugendlichen und in gewisser Beziehung interessanten Geschöpf gegenüber, wie anständig war. Er blickte sich, ihr Mut einzufangen, und sie sah an den Tisch legen, ihm gegenüber. Sonja nahm Platz und schaute um sich, auf Lebewesen, das Geld, das auf dem Tische lag, dann wieder auf Peter Petrovitsch, und vermautete nun nicht mehr die Augen von ihm, als sei sie angezückt. Lebewesen hatte sich nach der Tür gewendet. Peter Petrovitsch erhoben und Sonja zum Sitzen eingeladen. Lebewesen sah der Tür nach, lächelnd.

"Ist dieser Rastkowitz hier bei Euch? Ist er schon da?" fragte er leise Lebewesen.

"Rastkowitz? Er ist hier. Aber weshalb? Er ist soeben gekommen, ich habe ihn gezeigt. Weshalb fragt Ihr?"

"Nun, dann werde ich Euch bitten, hier zu bleiben, bei mir, und mich nicht allein mit diesem — Mädchen zu lassen. Die Sache ist ohne Belang, aber man plaudert ja doch alles aus. Ich will nicht, daß Rastkowitz hier — versteht Ihr, was ich meine?"

"Ich verstehe, verstehe!" rief plötzlich Lebewesen. "Wir haben recht. Ihr geht jetzt nach meiner Ansicht zu weit in Euren Erörterungen, aber — Ihr habt immerhin recht! Also ich bleibe hier; ich werde ans Fenster treten und mich in nichts mischen. Ihr habt nach meiner Ansicht völlig recht." (Fortsetzung folgt.)

mit Ausübung des Reichskanzlers das Recht zuteilen, auf sämtliche im Deutschen Kaiser vorhandene Kohlenvorräte zu greifen und diese dahin zu leiten, wo ihr Bedarf aus militärischen oder sonstigen Gründen am dringlichsten ist.

Überwachung mißliebiger Personen.

Wg. Dr. Herzfeld hat im Reichstag folgende Anfrage eingereicht:

Der Oberkommandierende in den Marken hat unter dem 21. Januar 1915 eine geheime, noch in Kraft befindliche Anordnung erlassen, durch die er das stellvertretende Generalkommando des Gardekorps in Berlin, das stellvertretende Generalkommando des 3. Armeekorps in Berlin, die Kommandantur Berlin, sämtliche Garnisonkommandos und das Bezirkskommando 4, schließlich sämtliche Polizeiverwaltungen ernäßigt hat, über politisch mißliebige Personen, auch über Abgeordnete, die Briefsperrre zu verhängen, ihre Postfächer zu beschlagnahmen und sie durch das zuständige Postamt der politischen Polizei in Berlin auszuhändigen. — Ist dies dem Herrn Reichskanzler bekannt und was geschieht er gegen diese Maßnahme zu tun?

Die „Gefahr“ einer Herabsetzung der Viehprixe.

Die landwirtschaftlichen Hochschullehrer haben in den von ihnen jüngst veröffentlichten Richtlinien eine Herabsetzung der Viehprixe gefordert. Darin erblieb die „Deutsche Tageszeitung“ eine direkte Gefahr für Volternahrung und Volksgerüstheit, denn bei Herabsetzung der Preise würde vielleicht die Mehrzahl der Männer das Mästen der Tiere aufgeben. Diese Gefahr könnte nur dann abgewendet werden, wenn das Reich den Landwirten Zuschüsse, also eine Liebesgabe, zuwenden bereit sei. Die „Deutsche Tageszeitung“ erläutert dies dahin:

Der Krieg kostet uns jetzt in bar mindestens 24 Milliarden jährlich. Warum soll das Reich nicht einige hundert Millionen darauf verwenden, jenen Wirtschaften im vierten Kriegsjahr die Nahrungsmittelpreise erträglicher zu machen? Vielleicht würde es sich sogar nur um 100 Millionen handeln.

Gegen die ebenfalls geforderte Heraussetzung der Gezeitne hat die „Deutsche Tageszeitung“ natürlich nichts einzubringen. Wer ist zu jedem Opfer bereit — wenn man darf verdiene!

Amerika.

Die Deutsch-Amerikaner bei den letzten Präsidentschaftswahlen. In einem sehr gewandt geschilderten Artikel über das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen, bemerkte Friederich Schaefer in der deutsch-amerikanischen Wochenzeitung „Fatherland“ (cited in „Neuport Call“ vom 26. November 1916):

Das Ergebnis hat gezeigt, daß die Deutsch-Amerikaner das wenig in Sachen der Wahlstrategie gelernt haben, sonst würden sie ihre Kräfte nicht zerplattet haben durch einen so offenen Wahlkampf, wie den, daß die Wahl von Hughes zu Vorherrschaft Roosevelt bedeutete. Es ist vielmehr ratsch, daß es zwischen Hughes und Roosevelt keine Allianz gab, denn als es am Morgen nach der Wahl jüngst, daß Hughes gewählt worden sei, erschien Roosevelt, daß er keinen Einfluss auf Hughes ausüben werde. Er wußte wohl warum, Roosevelt vertritt das pro-englische Element in beiden Parteien. Er schloß sich Hughes an, wie ein Parasit, um sich am Leben zu erhalten. Aber sein Hauptzweck war, die deutsch-amerikanischen Stimmen zu zerstören. Und er hat seinen Zweck erreicht.

Es ist viel Wahres in dieser Aussicht. Roosevelt entschloß Hughes zu unterstützen, hat offenbar sehr viele Deutsch-Amerikaner veranlaßt, für Wilson zu stimmen.

Das Kohlensteuergesetz.

Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Kohlensteuergesetzes umfaßt sowohl die innerdeutsche, als auch die aus dem Auslande eingeführte Kohle, und zwar unterscheiden alle Arten von Kohle sowie der aus dem Auslande eingeführte Koks der Reichszollabgabe. Auch die im eigenen Betrieb verwendete Kohle ist herabgesetzt. Die Steuer beträgt 20 Pf. des Wertes des gelieferten oder sonst abgegebenen oder der Verwendung im eigenen Betriebe oder dem eigenen Verbrauch zugeführten oder der eingeschafften Kohle. Der Wert der Kohle gilt der Verkaufspreis, der ab Größe oder Verarbeitungsschwelle berechnet wird. Wenn der vereinbarte Verkaufspreis im Wirkverhältnis zu den sonst abgeschlossenen Preisen für entsprechende Mengen von Kohle steht, so kann die Steuerbehörde die Anmeldung beanstanden und, wenn keine Einigung erfolgt, der Beauftragung den Ratspreis zugrunde legen. Die Betriebe, die Kohle sondern, unterliegen einer strengen Steueraufsicht. Die Beamten der Steuerverwaltung sind befugt, die Angaben, welche darin geschildert wird, zu jeder Zeit, untermäßigt der Tagessunden zu befragen. In der Betriebsinspektion wegen Steuerhinterziehung befreit werden, so kann der Betrieb auf seine Kosten einer beforderten Inspektionsschau unterzogen werden. Die Erhebung und Verwaltung der Kohlensteuer erfolgt durch die Landesbehörden, denen die durch die Erhebung entstehenden Kosten vom Reich verpaßt werden. Sofern laufende Verträge zu festen Preisen abgeschlossen sind, ist der Lieferant berechtigt, dem Abnehmer die auf die Liefernde Menge entfallende Steuerbelastung in Rechnung zu stellen.

Aus der Begründung des Entwurfs sei hervorgehoben: Der heutige Steinzeithandel erzielt 32, der Braunkohlenbergbau 165 Betriebe. Die Zahl der Betriebsinhaber

ist auf etwa 500, der derzeitige Wert der deutschen Kohlenförderung auf 2200 bis 2500 Millionen Mark zu schätzen. Die Kohlensteuer bietet demnach die Möglichkeit, dem Reich den erforderlichen Betrag von etwa 500 Millionen Mark aus einer einzigen, einfach zu veranlagenden und bei nur etwa 500 Pflichtigen zu erhebenden Steuer zuzuführen. Bei der Prüfung der wirtschaftlichen Zulässigkeit einer Kohlensteuer in der vorgeschriebenen Höhe von 20 p. S. ihres Wertes ab Grube müßten die für die Zeit nach dem Kriege zu beobachtenden Rückläufen, vor allem die auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Ausführungsindustrien, zurückgestellt werden. Denn die Frage, in welchem Umfang für diese Industrien und auch für die Reedereien eine Verteilung der Kohle erträglich sein wird, läßt sich erst beantworten, wenn die Bedingungen übersehbar sind, unter denen nach dem Kriege einerseits die Auslandsmärkte den deutschen Erzeugnissen öffnen, andererseits die Industrien des Auslandes selbst arbeiten werden. Diese Frage ist demnach erst nach dem Kriege als ein wichtiger Teil der Neuregelung unserer Wirtschaft zu prüfen. Die Erhebung einer Kohlensteuer während des Krieges wird vielleicht dem Einwand begegnen, daß die Kohlenpreise seit Kriegsausbruch nicht unerheblich gestiegen sind. Aber jede während des Krieges eingeführte Steuer muß einer geminderten Tragfähigkeit aufgebürdet werden. Hier werden die Bedenken durch die Tatsache wesentlich abgeschwächt, daß Deutschland zurzeit die durchaus billigen Kohlenpreise der Welt hat.

Ernährungsfragen.

Nette „Patrioten“.

Fünf pflichtverpflichtete Gemeinden und zwar Brügge, Deez, Grüneberg, Werbisch und Wöltersdorf bei Lippe in der Martini, weil sie ihrer Verpflichtung zur Ablieferung von Butter trotz wiedeholter Ernahmungen und Warnungen nicht nachkamen, vom zuständigen Landrat geahndet wurden. Sämtliche Zentrischen und Buttermaschinen wurden amtsmäßig geschlossen und versiegelt, auch wurde eine zwangsweise Melkabfertigung von Milch angeordnet. Sollten diese Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg haben, dann seien die fünf Gemeinden von der Verteilung von Zucker, Belebungs- und Huttermitteln so lange ausgeschlossen werden, bis sie sich zur Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht bequemen.

Beratungspreise mit Vorbehalt.

Die Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats hat in ihren Beschlüssen auch zu den Anbau- und Lieferungsverträgen Stellung genommen, deren Abschluß vom Kriegernährungsamt den Städten so warm ans Herz gelegt wird. Der Landwirtschaftsrat erblieb in diesen Verträgen ebenfalls „ein geeignetes Mittel zur Förderung der Erzeugung und zur Sicherstellung der Ernährung größerer Verdistributörer“. Bezeichnend ist aber seine geradezu rührrende Haltung zur Preisfrage. Sein Beschluß sagt dazu:

Wenn Viehprixe festgestellt werden sollen, so müssen sie im Verhältnis zu den anderen Erzeugnissen stehen, und einen Anteil zum Brot und zum Abfleisch von Verträgen bieten.

Bei nachträglicher Feststellung von Höchstpreisen unter den Vertragspreisen bleiben diese bestehen. Nebenhergegen die Höchstpreise die Vertragspreise, so gelten die Höchstpreise.“

Also wenn eine Gemeinde sich durch Vertrag die Lieferung z. B. von Kartoffeln zu einem bestimmten Preis gesichert hat, und wenn dann dieser Preis als zu hoch erkannt wird, so ist es zulässig, herabgesetzt wird, soll die Gemeinde trotzdem den als zu hoch erkannten Preis bezahlen müssen. Umgekehrt: Wenn der Vertragspreis für zu niedrig erklart und rechtsgerichtet wird, dann soll die Gemeinde den Vorteil des günstigen Abnahmepreises nicht zu ziehen, sondern verpflichtet sein, die Differenz zwischen Vertragspreis und Höchstpreis an ihren Konsumenten herauszuzahlen.

Ob sich viele Gemeinden für Lieferungsverträge unter solchen Voraussetzungen erwärmen könnten, ist überaus fraglich. Was der Deutsche Landwirtschaftsrat will, das läuft auf den Versuch hinaus, die Höchstpreise politisch durch eine Altershöchstpreistafel zu erzielen.

Aus der Partei.

Sozialistische Sozialisten für die Wiederherstellung der Internationale. Am 2. Februar wird der „Frankfurter Zeitung“ anterior 19. Februar telegraphisch berichtet: Gestern fand im Haag der zweite Kongress des Bundes belgischer Arbeiters in den Niederlanden statt, bei dem etwa 100 Delegierte anwesend waren. Zwei Delegierte vertreten die sozialistischen Arbeiter in dem befreiten belgischen Gebiet. Man hofft daß der von den Belgern des befreiten Gebietes vorgezeichneten Resolution insofern ein als der Kriegsergebnis nach dem Krieg vertragen würde. Man forderte jedoch im Gegensatz zu den Sozialisten der befreiten belgischen Gebiete eine Wiederaufnahme der Internationale. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß sich bereits 25 Parteien von den 28, die die Internationale bilden, für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen entschieden, in den drei übrigen Ländern England, Frankreich und Belgien aber beständige partei Minderheiten, die die Wiederaufnahme ablehnen. Auch die französischen Gewerkschaften führen für die Wiederaufnahme ausgeschlossen, und die französische sozialistische Kommission hat die Zeit für Friedensunterhandlungen für gekommen. In diesem Sinne wurde eine Resolution gefasst, die die Vermittlung der am Kongress in Stuttgart, Kopenhagen und Basel angestammten Grundsätze fordert.

Aus dem Gerichtsaal.

Kohlensteuer-Prozeß. Vor dem Reichsgericht in Leipzig wurde am 22. und 23. Februar gegen die Genossen Emil Aland, Carl Rohde und Hermann Weiß und gegen den Drucker Wilhelm Giesecke wegen bestuhlten Landesvertrags verhandelt. Gisela Weiß und Giesecke wurden von der Anklage des ver-

suchten Bandesvertrags und der Aufreitung zum Staatsfeind freigesprochen. Wegen Verleugnung des § 9 des Belagerungszustandes und zwar wegen Verbreitung von Drucktiteln, ohne richtige Druckerlaubnis wurde Eichhorn und Weiß zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde durch die 6-monatige Untersuchungshaft als voll verbüßt angesehen. Nachdem der Präsident den Angeklagten verständigt hatte, daß sie frei seien, trat der Reichspräsident nach Schluß der Sitzung an sie heran und erklärte ihnen, er müsse sie zu seinem Bedauern festhalten, da das Oberkommando in den Marken über sie die militärische Schutzhaft verhängt habe. Der Einbruch des Verteidigers Reichsgerichtsstaats, daß das des Oberkommandos in den Marken ja, blieb unbeachtet. — Ein sonderbares Vorgehen, das hoffentlich noch im Reichstag zur Sprache gebracht wird.

Aus Nah und Fern.

Autobahn in der Mosel entdeckt. Gestern nachmittag ist eine Fähre auf der Mosel zwischen Alken und Rattenbach mit Eisbäumen zusammengebrochen und untergegangen. Von zwölf Personen ertranken acht.

Nach 34jähriger Zuchthausstrafe begnadigt worden ist der Bergmann Josef Gowitz aus Rottmann in Oberösterreich, der im Jahre 1883 wegen Ermordung seines Schwagers zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglichem Zuchthaus bestraft wurde.

Eine sonderbare Leiche. Ein in Mannheim wohnhafter Wirt erwartete dieser Tage eine Sendung, die auf dem Frachtbrief mit „Grabstein“ deklariert war. Eineöffnung im Deckel der umfangreichen Kiste gestattete Einblick in die Kiste und ließ den Grabstein sehen. Der Polizei kam die Geschichte doch etwas sonderbar vor und sie dirigierte die Kiste statt zu dem Wirt in den Schlach- und Viehhof. Dort wurde die Kiste geöffnet, der Grabstein, der auf einem Holzgestell in der Kiste ruhte, abgehoben und dann kam die Leiche. ganz läuberlich in ein umfangreiches Bügeltuch eingewickelt, lag ein delikates Schwein und ihm zur Seite, als weinbausvolles Erinnerung an alte Zeiten, 18 Pfund Butter. Der Wirt bekannte nun statt der Grabsteinfindung ein Strafmonat und der Inhalt der Kiste kommt der Allgemeinheit zugute.

Theater und Musik.

Der Arbeiter-Bildungsverein veranstaltet am Sonntag, nachmittag 3 Uhr im Stadttheater eine Vorstellung, in der das Schauspiel „Stein unter Steinen“ von Hermann Sudermann an der Aufführung gelangt. In diesem Werk sucht Sudermann in außerordentlich dichtenwirkungsvoller Weise den dornenvollen Weg zu zeichnen, den ein entlassener Strafgefangener, der innerlich nicht schlecht war, oft wandeln muß, um wieder zu einer bürgerlichen Existenz zu gelangen. Der frühere Steinmeister Jakob Biegler hat im Streit einen Menschen getötet und dafür jahrelang im Zuchthaus gehaftet. Es gelingt ihm nach Ablauf seiner Strafe bei dem Steinmeister Jarnade, der sein Vorleben kennt, und der in seinem Betrieb noch mehrere entlassene Strafgefangene beschäftigt, als Nachtwächter eingestellt zu werden und sich so rentieren sein Brot zu verdienen. Aber schon der alte frühere Nachtwächter, der seinen Posten nicht mehr ausfüllen konnte, verfolgt ihn mit seinem Hass. Auch die übrigen Mitarbeiter hegen gegen den stillen und scheuen Menschen Misstrauen. Da kommt eines Tages ein Kriminalbeamter auf den Zornfeind Platz, um Untersuchung in einer Diebstahlssache zu führen. Der läßt dann das böse Wort, daß sich ja auch ein Mörder unter den Leuten befindet, fallen, und nun wird Biegler von allen gemieden und von dem eitlen, gewissenlosen und oberhohen großmäuligen wie feigen Steinmeister Gottling bezeichnet. Dieser Gottling hatte ein Verhältnis mit Lore, der Tochter des Nachtwächters, aber das hindert ihn nicht, sich auch an die verwachsene Tochter Zarades heranzumachen und damit zu prahlen, daß er sie haben könne, wenn er nur wollte. Eines Abends, als alle in der Kantine sind, sucht Gottling den Biegler wieder durch seinen Hohn zu reizen, bis dieser die Geduld verliert einen Stein ergreift und drohend sagt: mit einem solchen Stein habe er schon einmal einen Menschen getötet. Da ergreift Gottling in saurer Weise die Flucht. Bieglers Ansehen bei den Kameraden ist aber wieder hergestellt und auch die Lore wird ihm ihre Neigung zu. Zuletzt sucht Gottling seinen Gegner noch dadurch zu befehligen, daß er einen schweren Stein, der im Flachenzug hängt, zum Absturz bringt, gerade als Biegler sich an der gefährlichen Stelle befindet. So ist in großen Umrissen die Handlung, die natürlich noch manches hier nicht erwähnte Einzelheiten aufweist. Recht glücklich sind manche Gestalten aus dem Arbeiterkreis der Firma Zarade gefüllt, so besonders der unverbaute Spiegholz Struve, den Herr Direktor Hirsch mit seinem Humor spielt. Den Besuchern der Vorstellung sind somit einige gesellige Stunden, die überwiegend Ernst, aber doch auch wieder Fröhlichkeit bringen, gewiß. P. L.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 21. Heft vom 1. Band des 33. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Parteipolitik? Von A. Kautsky. — Die Vereinigten Staaten und der Weltkrieg. Von Spectator. — Amboß oder Hammer? Eine literarische Plauderei. Von August Erdmann. — Der Kritik des Ultraimperialismus. Von O. J.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwaig. Druck: Frieder. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Jogal Bei Jassuena, Isolias u. Heren-
säuf werden mit Jogal-Tabletten
selbst in verzweifelten Fällen — geradezu überraschende Erfolge erzielt. Arztlich abzulehnen, begutachtet. In Apotheken zu R. 1.40 u. M. 3.50.
7592

Cigarrenhandlungen
Herr Hirsch Holstenstr. 2
Ecke Schüsselbad.

Weine
Wilhelm Rahfölt
Unterstr. 111 Telefon 667
vertretene Beringsche von
diversen Weinen & Spirituosen

Wurstfabrikation

Fleischwaren-Fabrik
Emil Aland
Gute Aufsicht u. Ware.

Metzgerei
Ratzeburger Aktien-
Brauerei

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker
Bürgerbräu
Aktien-Brauerei Lübeck

Entle
MewsMühle, Mühlengärtchen
Wolle
C. Ahrens, Bäckermäister
Schwarze
L. Schaap
Mandeldörferwaren u. Konfitüren
Arbeitsgärtnerei
Kaffemaschinen

Brasserie
Friedrich Wacker
Hansa-Brauerei A.G.
Lübeck
Trinkt
Lübecker
Vereins-
Bräu
Brauerei Wacker
G. H. & C. Co.
Brauerei Lübeck
Lübeck. 1915. 1916.

Krause'sche
Schriften der
Schallplattenreihe
Werke über
Wissenschaften
und Kunst.

Julius Scheber
Fleisch- und Wurstwaren
Gesellschaft

Heinrich Kronstein
Durchsetzung
der Interessen
der Arbeiterschaft

Praktischer Wegweiser
empfohlen. Geschäft
Zur Zeit Bestellung
empfohlen.

Lederhandlungen
Heinrich Waller
Breitestr. 60
Herren-Wäsche,
Krawatten, Unterzeuge
Hüte, Schürze etc.

Carl Rohde
Schuhgeschäft, Bekleidung
Fritz-Gerber

Schuhwaren
Julius Scheber
Fleisch- und Wurstwaren
Gesellschaft

AUGUSTSCHEERE
Augustscheere

MAGISTER POPPI
Augustscheere